



www.dielinke-berlin-mitte.de

Die Linke

Bezirksverband
Mitte

mittendrin

Ausgabe 05 | 2025 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



SOZIALES STATT AUFRÜSTUNG!

Gegen Rheinmetall-Waffenproduktion im Wedding

Während Debatten über „Kriegstüchtigkeit“ schon länger die Medien dominieren, nimmt die Aufrüstung in Berlin-Mitte nun konkrete Formen an. Bei der Rheinmetall-Tochter Pierburg in der Scheringstraße sollen künftig nicht nur Auto-, sondern auch Waffenteile und Munition vom Band rollen - und das in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern, einer Grundschule und dem Volkspark Humboldthain.

Die Idee, am Humboldthain Waffen zu produzieren, ist nicht neu: Schon 1867 wurde auf dem heutigen Pierburg-Gelände eine Fabrik errichtet,

in der die Berliner Maschinenbau AG zunächst Lokomotiven und später die ersten deutschen Torpedos produzierte. Der Erste und Zweite Weltkrieg ließen das Geschäft boomen, bis die Fabrik im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde.

Der Konzern, der nun die Rüstungsproduktion am Humboldthain wiederbeleben will, hat in den vergangenen Jahren Waffen in zahlreiche Länder exportiert. Darunter sind auch solche, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben oder in aktive Konflikte verwickelt sind, wie Saudi-Arabi-

DEMO: SOZIALES STATT AUFRÜSTUNG!
10. MAI, 15 UHR
Start: S- und U-Bhf. Gesundbrunnen

en, die Türkei, Russland, die Ukraine und höchstwahrscheinlich Israel. Für Rheinmetall und seine Aktionäre zahlt sich das aus: Der Umsatz lag im letzten Jahr bei 9,75 Milliarden Euro, da-

> Fortsetzung auf Seite 2

STADTENTWICKLUNG

Steigende Mieten? – Das Armutsrisiko in Berlin wächst. Neue Zahlen vom Paritätischen Wohlfahrtsverband belegen das.

Seite 3 >

MENSCHEN IN MITTE

„Suppe für alle“ – gemeinsames Kochen, Essen und Reden im Heinrich-Heine-Viertel. Matthias Herold stellt ein spannendes Projekt vor.

Seite 5 >

PROTEST

Neue amerikanische Mittelstreckenraketen in Wiesbaden – so sieht Kriegsvorbereitung konkret aus. Der Protest dagegen formiert sich.

Seite 6 >

➤ Fortsetzung von Seite 1

von entfielen 80% auf das militärische Geschäft. Auch der Kurs der Rheinmetall-Aktie ist in den letzten Jahren explodiert, seit Beginn des Ukraine-Krieges hat er sich verzehnfacht.

Neben den Kriegen in der Ukraine und in Gaza sind die Lockerung der Schuldenbremse für Aufrüstung und der Plan der EU, bis 2030 800 Milliarden Euro in Rüstung zu investieren, weitere Anreize für Unternehmen, ins Rüstungsgeschäft einzusteigen oder dieses auszubauen. So plant Rheinmetall die Umstellung der Produktion auch bei Pierburg in Neuss und hat Beschäftigte des Autozulieferers Continental abgeworben, der in Niedersachsen Stellen abbaut. Auch andere Unternehmen der angeschlagenen Automobil- und Zulieferbranche, wie VW, Schaeffler oder Jopp erwägen den Einstieg ins Rüstungsgeschäft. Bereits vollzogen ist der Wechsel beim Bahntechnikwerk Alstom in Görlitz, das vom Panzerbauer KNDS übernommen wurde. Was kurz-

fristig Arbeitsplätze sichert, kann langfristig nur durch fortwährende Kriege und Aufrüstung erhalten werden – zum Preis von Menschenleben, zerstörten Lebensräumen und beschleunigtem Klimawandel.

Doch es regt sich Widerstand: Auf Initiative der Basisorganisation Wedding hat sich ein breites Bündnis linker Organisationen gebildet, das für den 10. Mai zur Demo aufruft und fordert „SOZIALES STATT AUFRÜSTUNG! Keine Rheinmetall-Waffenproduktion im Wedding!“. Der Protest richtet sich gegen Konzerne wie Rheinmetall, die mit Tod und Zerstörung Profit machen, aber auch gegen Aufrüstung, Krieg und Wehrpflicht. Das Bündnis fordert den Erhalt der Arbeitsplätze bei Pierburg und die Umstellung auf eine sozial und ökologisch sinnvolle Produktion, etwa zum Ausbau des ÖPNVs. Die Demo wird um 15 Uhr am Gesundbrunnen starten, am Pierburg-Werk vorbeiziehen und am Leopoldplatz enden. Schließt euch an, Genoss*innen!

Lea Haas



Soziales statt Aufrüstung!
Keine Rheinmetall-Waffenproduktion im Wedding!

10. Mai 2025 um 15 Uhr!
S-Bhf Gesundbrunnen -> Humboldthain -> Leopoldplatz

DEMO:
SOZIALES STATT AUFRÜSTUNG!
10. MAI, 15 UHR
Start: S- und U-Bhf. Gesundbrunnen

Mai in Mitte: Mitgliedervollversammlung und zwei Parteitage

Der Mai ist – historisch – ein bewegter Monat für uns Sozialist*innen: Am 1. Mai gehen wir für die Rechte der Arbeitenden auf die Straße, am 8. Mai erinnern



wir an die Befreiung vom Faschismus und danken den Befreier*innen. Zusätzlich dazu führen wir als Die Linke Berlin Mitte unsere erste (und vorerst) einzige Mitgliedervollversammlung am 4. Mai durch – im Poststadion geht es den ganzen Sonntag darum, wie wir das gute Bundestagswahlergebnis als Sprungbrett für den weiteren Einsatz

für bezahlbare Mieten, Frieden und gegen Rassismus nutzen können. Klar ist: 2026 wollen wir als Linke wieder stärkste Kraft in Berlin werden – um

dann endlich den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ umzusetzen und den Sozialkürzungen den Kampf anzusagen. Darum geht es auch beim Landesparteitag am 17. und 18. Mai. Zusätzlich wählen wir bei diesem Parteitag einen neuen Landesvorstand.

In Chemnitz kommt am 9. und 10. Mai der Bundesparteitag unserer Partei zusammen. Ein Schwerpunkt des Parteitages wird zweifelsohne die Bundesratsabstimmung der linken Senatorinnen und Ministerinnen in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern für die Grundgesetzänderung zur beispiellosen Aufrüstung sein. Hier muss unbedingt Klarheit geschaffen werden – denn Die Linke ist Friedenspartei und steht als solche gegen Militarisation und Hochrüstung. Außerdem werten

wir das Bundestagswahlergebnis aus und stimmen über den Leit Antrag und weitere Anträge ab.

Darüber hinaus beginnt unser Prozess zur Aufstellung der Liste für die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung und für unser Wahlprogramm für den Bezirk. Wir freuen uns über alle, die sich dabei einbringen!

Martha Kleedörfer

Der kleine Buchladen im Karl-Liebknecht-Haus schließt bis auf Weiteres seine Türen.

Das Ladenkollektiv lädt ein zum „Frühjahrsputz“. Im Antiquariat gilt ab sofort bis Ende Mai 2025: Zahl (und trag), was du kannst!

Öffnungszeiten sind

Mo-Fr 10-17 Uhr

in der **Weydingerstr. 14-16**, 10178 Berlin.

BEI ANDEREN GELESEN

Zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD schreibt die **Frankfurter Rundschau** lakonisch: „Selten wohnte einem Anfang so wenig Zauber inne wie bei der neuen Regierungskoalition.“ Ähnlich die **Neue Osnabrücker Zeitung**: „Eine Koalition kann nicht zustande kommen ohne Kompromisse. Aber eine gemeinsame Idee, eine einigende Vorstellung von der groben Richtung wäre wünschenswert. Über dem Vertrag von Union und SPD steht stattdessen: ‚Verantwortung für Deutschland‘, ein Nicht-Motto.“ In der **Volksstimme** aus Magdeburg ist zu lesen: „Die Aussagen zu Steuern, Abgaben, Rente, Energiepreisen, Migration und innerer Sicherheit stellen Absichtserklärungen dar, deren konsequente Umsetzung nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit unwahrscheinlich ist und von denen einige auch noch unter Finanzierungsvorbehalt stehen.“ In der **Düsseldorfer Rheinischen Post** heißt es: „Es fehlt der große Wurf. Das fängt bei den Steuern an: Die Entlastung für die Bürger bleibt – jenseits der fragwürdigen Erhöhung der Pendlerpauschale – unkonkret. Die Entlastung für die Unternehmen kommt zu spät, die Körperschaftsteuer soll erst ab 2028 sinken. Die Streichung des Soli, auf den Handwerker und andere Personengesellschaften so gehofft haben, findet nicht statt. Und es hört bei der Rente nicht auf. Eine große Rentenreform war schon nach den Wahlprogrammen nicht zu erwarten.“ Auch die **Badische Zeitung** aus Freiburg kritisiert, der Koalitionsvertrag enthalte keine konkreten Schritte für drängende Reformen der Sozialsysteme: „Union und SPD lassen erst einmal zu, dass Rente, Gesundheit, Pflege teurer werden – und damit die Steuerzahler, die vielleicht noch ein Haus und die Ausbildung der Kinder finanzieren, noch stärker belastet werden.“ Und die **Süddeutsche Zeitung** findet: „Eine ganz große politische Wende bleibt aus, ebenso ein spektakulärer Impuls für die Wirtschaft. Stattdessen versprechen Union und SPD neue alte Wohltaten wie die niedrige Gastro-Steuer, den verbilligten Agrardiesel oder die nächste Anhebung der Mütterrente. Diese teuren Geschenke, eingefordert besonders von der CSU, stehen eher für das Bewahren des Komforts der Vergangenheit als für den Aufbruch in eine Zeit, in der Zumutungen nicht ausbleiben werden.“

Armutrisiko und Wohnungsmarkt in Berlin

Neue Expertise zur Wohnarmut vom PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBAND

In Berlin-Mitte zeigen sich die durch die gesellschaftliche Spaltung bewirkten Probleme wie in einem Brennglas: Einerseits die Ortsteile Gesundbrunnen und Wedding mit ihrer starken Migrantenstruktur und extremer Kinderarmut – daneben andererseits das Regierungsviertel mit Leuten wie Friedrich Merz, der mit seinem Privatflugzeug den Himmel verpestet (aber die Grünen verteufelt) und der Bildzeitung gegenüber fallen lässt, in seiner Berufspraxis bei BLACKROCK habe er nie unter einer Million Euro jährlich gearbeitet.

Da die Mieten heute schneller erhöht werden als die Einkommen, müssen viele Menschen deswegen mehr als ein Drittel fürs Wohnen ausgeben, oft sogar über die Hälfte ihres Einkommens. Um zu einer realistischen Einschätzung des finanziellen Spielraums für frei verfügbare Ausgaben außerhalb der monatlichen Fixkosten zu kommen, hat die Forschungsstelle des PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBANDS die um die Wohnkosten bereinigten Einkommen ermittelt.

Nach üblicher Berechnungsweise gilt als arm, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens eines Landes zur Verfügung hat. Und durch das Ermitteln der um die Wohnkosten bereinigten Einkommen wurde – basierend auf den Zahlen des Statistischen Bundesamtes – auch ein bislang unsichtbares Ausmaß der Armut in Deutschland sichtbar: Die *Wohnarmut*.

Vom PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBAND wurde nämlich errechnet, dass 5,4 Millionen Menschen mehr von Armut betroffen sind als bisher angenommen. In den konventionellen Armutsstatistiken waren sie bisher unsichtbar. Insgesamt sind 21,2 Prozent der Bevölkerung, also 17,5 Millionen Menschen, in Deutschland von Wohnarmut betroffen. In Berlin ist die Armutsgefährdung bei

den 18 – 25-Jährigen besonders hoch: ca. 30 Prozent. Bei Rentner*Innen in Brandenburg sogar 40,4 Prozent, in Berlin mindestens 32 Prozent.

Die oben erwähnte soziale *Spaltung* hat Folgen für die gesamte Stadtkultur. Das wachsende Armutsrisiko kon-



Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Gesamtverbands des PARITÄTISCHEN, wandte sich besonders gegen das Erstarken von Ideologien der Ungleichwertigkeit

zentriert sich in Mitte besonders auf Wedding und Gesundbrunnen. Wie die Linke in Mitte feststellte, leben mittlerweile rund 66 Prozent, das heißt 2 von 3 Kindern und Jugendlichen im alten Bezirk Wedding, von Transferleistungen wie Hartz IV, also in einer tiefgreifenden Mangelsituation: „Es sind aber nicht allein die materiellen Einschränkungen, die die Kinder ertragen müssen. Auch das schulische Fortkommen ist deutlich reduziert. Die Corona-Krise hat Nachteile im Rahmen der Digitalisierung und der Elternverantwortung nochmals verstärkt. Laut OECD-Report ist das Bildungssystem hierzulande ohnehin ausgesprochen undurchlässig und unterfinanziert.“

Stark unterschiedliche Folgen durch die gesellschaftliche Spaltung gelten für Berliner Kinder als normal: Wie viele Lehrer berichten, schicken reiche Eltern ihre Kinder wegen mangelnder Ausstattung gar nicht mehr an öffentliche, sondern an Privatschulen. Wodurch dann bereits die nächste Ebene der Benachteiligungen wirksam werden kann: Der Arbeitsmarkt, der frühzeitig in Gewinner und Verlierer aufteilt.

Rainer Scholz

Junger Besuch übt Beteiligung im Rathaus Mitte

Rund 70.000 junge Menschen unter 20 Jahren leben im Bezirk Mitte. Mit einem Durchschnittsalter von 39,6 Jahren ist Mitte der zweitjüngste Bezirk in Berlin. Doch wie beteiligen sich Kinder und Jugendliche eigentlich bei Themen, die ihre Lebenswelt beeinflussen? Formate wie die U18-Wahlen oder die Spielplatzkommission sind einigen vielleicht ein Begriff, doch was zum Beispiel ist der Jugendbeirat, der demnächst gegründet wird?

Vor ein paar Tagen haben mich wieder einmal junge Menschen im Rathaus besucht. Das besondere an dieser jungen Besucher*innengruppe war, dass sie sich alle im Jugendbeirat des Bezirks engagieren wollen. Sie werden aus dieser Rolle heraus die Interessen junger Menschen gegenüber der Bezirkspolitik und der Verwaltung des Bezirksamtes vertreten. Und das wollten sie vorher einmal üben. Mit Begleitung des Kinder- und Jugendbüros machten sie sich auf den Weg aus dem Wedding zum Rathaus in Alt-Mitte, denn hier finden die meisten Sitzungen der Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung statt. Sie wollten das Rat-

haus und den Sitzungssaal der Bezirksverordnetenversammlung kennenlernen, wo sie sich demnächst für ihre Interessen einsetzen werden.

Doch zunächst machten wir erstmal ein Fahrstuhlwettbewerbrennen zur obersten Etage, um gemeinsam den Blick auf den Bezirk und die Stadt zu genießen. Das Rote Rathaus in Sichtweite, wurde schnell klar, dass viele der Themen, die junge Menschen heutzutage bewegen, weit über die Möglichkeiten und Zuständigkeiten eines Bezirks und des Bezirksamtes hinausgehen. Auch wir Erwachsene geraten ja noch häufig an unsere Grenzen, welche Ebene denn jetzt für welches Thema verantwortlich ist. Ein Besuch im Rathaus ist da hilfreich.

Als wir uns wieder unten im BVV-Saal trafen, platzierte sich die Gruppe direkt vorn an den Tischen der Sitzungsleitung und am Redner*innenpult. Und dann ging es auch gleich los mit kniffligen Fragen: „Wie wird der Döner wieder billiger und was ist Inflation?“ „Wieso



Hoher Besuch im BVV-Saal: Kinder und Jugendliche zeigen Interesse am Jugendbeirat (© David Cüppers)

müssen wir demonstrieren, damit unser Jugendklub nicht geschlossen wird?“ „Wie steht es um unsere Zukunft, wenn die AfD gewinnt?“ „Was isst ein Bezirksstadtrat am liebsten?“ und „Wie wird man eigentlich Politikerin?“

Ich war baff, denn die Spannweite der Themen zeugte von ernsthaftem und großem Interesse, die heutigen Verhältnisse nicht einfach hinnehmen zu wollen, sondern sie zu ändern. Und dabei wollten die Mädchen und Jungs nicht mit dem Finger auf andere zeigen, sondern selbst anpacken, sich einmischen und sich engagieren. Das macht doch Mut für die Zukunft.

Christoph Keller
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit

Soziale Anlaufstelle vor dem Aus: „Moabit hilft e.V.“ droht Verdrängung

Dem Berliner Verein „Moabit hilft e.V.“ droht das Ende – und mit ihm der Verlust eines der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Anlaufpunkte für Geflüchtete, Wohnungslose und Menschen in akuten Krisensituationen.

Die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) verlangt die Räumung der Vereinsräume in der Turmstraße 21 – ohne tragfähige Alternative, ohne Perspektive auf einen neuen Ort. Damit steht nicht nur eine Institution vor dem Aus, sondern ein Raum gelebter Solidarität.

Seit Jahren übernimmt der Verein Aufgaben, für die eigentlich der Staat zuständig wäre: Er leistet konkrete Hilfe in Notlagen, bietet Orientierung und schafft einen Schutzraum – offen, unbürokratisch

und ehrenamtlich. Über 170.000 Euro Miete hat der Verein bisher gezahlt und rund 40.000 Euro in die Instandhaltung investiert. Dass eine solche Struktur nun ohne Übergangslösung verdrängt werden soll, ist nicht nur unsozial, sondern gesellschaftlich nicht hinnehmbar.

Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung fordert deshalb vom Bezirk Mitte und dem Berliner Senat ein klares politisches Bekenntnis zu „Moabit hilft e.V.“, den sofortigen Stopp der Verdrängung, den Verbleib am aktuellen Standort sowie ein faires Mietmodell, das dem gemeinnützigen Charakter des Vereins gerecht wird. Zudem muss endlich anerkannt werden, dass der Verein staatliche Aufgaben übernimmt – und dafür institutionelle Unterstützung an-

statt Schikane verdient. „Moabit hilft e.V.“ steht für praktische Solidarität, für Verlässlichkeit und Menschlichkeit im Alltag. Wer solche Strukturen gefährdet, riskiert nicht nur Lücken in der sozialen Versorgung, sondern schwächt das Fundament der Zivilgesellschaft insgesamt“, betont Samiullah Malekzadeh, integrationspolitischer Sprecher unserer Fraktion. „Wer solche Strukturen gefährdet, schwächt die Zivilgesellschaft als Ganzes.“

Eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus soll nun klären, welche Pläne der Senat für das Gebäude verfolgt und welche Alternativen es gibt. Klar ist: Berlin braucht Orte wie diesen. Gerade jetzt.

Rosa Schick

KURZNACHRICHTEN

► Spielplatz für alle Generationen

Eine Grünfläche für Jung und Alt aus dem Kiez soll bis Ende August auf dem Spielplatz an der Mollstraße 8 bis 11 entstehen. Die Pläne beinhalten im östlichen Teil einen Quartierstreff mit Fitnessgeräten, im Zentrum einen modernen Bolzplatz und auf der Westseite einen Spielplatz mit einer großen Sandfläche und Spielgeräten. In die Neugestaltung investiert das Bezirksamt Mitte insgesamt 700 000 Euro.

► Glasaale für Berliner Flüsse

1,8 Millionen junge Aale wurden in diesem Frühjahr in die Berliner Gewässer entlassen. Das Fischereiamt verteilte gemeinsam mit der Köpenicker Fischervereinigung und der Fischersozietät Tiefwerder-Pichelsdorf insgesamt 541 Kilogramm Glasaale in der Oder, Unterhavel, Spree und Dahme. Die Fische, die gerade einmal 0,3 Gramm auf die Waage bringen, wurden zuvor in französischen Flussmündungen zum Atlantik gefangen. Die Maßnahme dient der Bestandserhaltung.

► Freibäder 2025 ungeheizt

Nicht beheizt werden die Berliner Freibäder in diesem Jahr aufgrund der Sparvorgaben im Landshaushalt. Normalerweise wird das Wasser in den Außenbereichen auf 22 Grad erwärmt. Dafür ist 2025 bei den meisten Standorten kein Geld da. Um Kosten zu reduzieren, setzen die BBB in diesem Sommer verstärkt darauf, Energie einzusparen, weil sie keine Zuschüsse mehr wegen der gestiegenen Energiepreise erhalten.

► Ladesäulen-Turbo der Berliner Stadtwerke

Bei der Elektromobilität legen die Berliner Stadtwerke in der Hauptstadt den Ladesäulen-Turbo ein. Vier neue Schnellladestationen sind in Mitte, Spandau, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick betriebsbereit. Mit einer Ladekapazität von bis zu 200 Kilowatt laden Fahrzeuge innerhalb von nur 10 bis 20 Minuten bis zu 80 Prozent auf. Klassische Ladesäulen benötigen dafür bis zu zwei Stunden. 2024 errichteten die Berliner Stadtwerke über 80 neue Ladestationen, was die Gesamtzahl der Ladepunkte auf 1318 erhöhte.



SUPPE FÜR ALLE zum Reden, Zuhören und Mitmachen

Zur SUPPE FÜR ALLE, zum gemeinsamen Kochen, Essen und Reden mit der Nachbarschaft im Heinrich-Heine-Viertel laden Katrin Ruh, Evelyn Friedl und Johan Diestelkamp monatlich ein - im Auftrag und im engen Miteinander mit KREATIVmobil - Mobile Stadtteilarbeit, Theatermacher vom Kreativhaus Fischerinsel sowie der Wohnungsbaugenossenschaft BEROLINA, die kostenlos ihren Begegnungsraum samt Küche in der Neuen Jakobstraße 30 und großzügige Spenden zur Verfügung stellt. Vor zweieinhalb Jahren haben sie ihr Gemeinschaftsprojekt ins Leben gerufen.

„Zu unseren kulinarischen Begegnungen kommen jedesmal 40 bis 50 Anwohner - alleinstehende, auch einsame interessierte, meist ältere Menschen, die Kontakt suchen, Anregungen und Angebote für die verschiedensten Veranstaltungen rundum“, freut sich Katrin Ruh. Die 73-jährige Berlinerin kam ihr Leben lang als Sprachmittlerin und Außenwirtschaftsökonomin viel herum und engagiert sich jetzt noch als Übersetzerin im Seniorenbüro des Humanistischen Verbandes, als Leiterin des Englischkurses „Tea and Cookies“. „Das gemeinsame Essen mit alten und neuen Bekannten macht mir aber besonders Spaß“, betont sie.

Evelyn Friedl, Koordinatorin des Projekts KREATIVmobil - Mobile Stadtteilarbeit, kauft mit ihrem Lastenrad die Zutaten für die Küche ein. „Wir sorgen gern für leckere Überraschungen für unsere Gäste“, unterstreicht die 36-jährige gebürtige Heilbronnerin. „Ob die italienische Minestrone, eine griechische Zitronensuppe, eine Käse-Lauch-

Ginseng-Kreation oder Chili con Carne - jedesmal etwas Besonderes. Ich selbst werde bald meine Lieblings-Süßkartoffel-Kokos-Suppe vorstellen“.

Die Kulturwissenschaftlerin vermittelte zuerst nach ihrem Studium in Gießen französischen Kindern und Jugendlichen in Dijon und Lille einfühlsam die deutsche Sprache. In Stuttgart arbeitete sie in einem sozio-kulturellen Zentrum. Als es sie 2022 nach Berlin verschlug, leitete sie zunächst in Altglienicke den Kinder- und Jugendzirkus „Cabuwazi“. „Viel Vergnügen macht mir, mit dem Lastenrad im Kiez unterwegs zu sein, mit den Bewohnern in Kontakt zu kommen. Wir haben immer ein offenes Ohr für die Herzensangelegenheiten der Menschen“.

Ihr Mitstreiter bei der Projektkoordination, Johan Diestelkamp, sieht seine Aufgabe vor allem darin, bei den Begegnungen mit den Menschen deren Demokratieverständnis zu fördern, zuzuhören, zu helfen und für ein Miteinander zu gewinnen. Der 29-jährige in Schweden Geborene studierte an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Soziale Arbeit. „Unser Team der Mobilien Stadtteilarbeit auf der Fischerinsel, im Heinrich-Heine-Viertel und um die Leipziger Straße ist für die Nachbarschaft da - und dazu gehört das gemeinsame Suppe-Essen“, erklärt er. Das Projekt KREATIVmobil - Mobile Stadtteilarbeit wird durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gefördert. Wir wünschen den drei aktiven Suppen-Essen-Organisatoren weiterhin viel Zulauf. „Am 20. Mai das letzte Mal vor der Sommerpause“, kündigt Kathrin Ruh an.

Matthias Herold

Tausendfacher Protest gegen US-Raketen in Deutschland

Am 29.3.2025 kamen in Wiesbaden 4000 Teilnehmer zu einem Protest gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zusammen. Bundesweit hatten mehrere Friedensgruppen und Parteien, darunter die Partei Die Linke für diese Veranstaltung mobilisiert. Auch eine kleine Delegation des Berliner Landesverbandes war vor Ort.

Der ehemalige Kanzler Scholz hatte diese Stationierung 2024 bei einem USA-Besuch putschartig an seinem Kabinett, seiner Partei und dem Bundestag vorbei, in Absprache mit US-Präsident Biden auf den Weg gebracht. Unter dem Kommando des 2021 in dem Wiesbadener Stadtteil Mainz-Kastel reaktivierten 56. US-Artilleriekommandos werden dort SM-6- Raketen, Tomahawk-Marschflugkörper und die Hyperschall-Rakete „Dark-Eagle“ stationiert.

Gerade durch die Stationierung von „Dark Eagle“, mit einer Reichweite von 2500 Kilometern und die durch ihre hohe Geschwindigkeit bedingte geringere Vorwarnzeit, erhoffen sich die USA „erhebliche operative und strategische Vorteile“. Übersetzt heißt das,

Russland wird zum Zielgebiet von US-Raketen aus Wiesbaden, Wiesbaden wird Zielgebiet russischer Raketen.

In der Wiesbadener Bevölkerung sind daher keine unbegründeten Ängste vor den möglichen Folgen einer Stationierung von US-Raketen vorhanden. Erinnerungen werden an den 8. September 1944 wach, als anglo-amerikanische Bomberverbände in 34 Minuten 90 Prozent von Mainz-Kastell auslöschten und dabei 300 Menschen töteten.

Die Demonstration unter dem Motto „Keine neuen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, Befehlskommando in Wiesbaden auflösen, Friedensgebote der hessischen Verfassung einhalten!“, wurde daher auch von einer interessierten wohlmeinenden Stimmung der Wiesbadener begleitet. Es ergaben sich am Rande der Kundgebung interessante Gespräche, in der sie ihre Ängste artikulierten. Großer Dank geht an den



Den Widerstand auf die Straße tragen

hessischen Landesverband, der die Kundgebung auch anmeldete, für die Organisation vor Ort.

Da von einem BlackRock-Kanzler Merz und einem bekennenden Kalten Krieger Klingbeil keine Annullierung der US-Pläne zu erwarten sind, kann nur eine große Protestbewegung diese Eskalationsspirale stoppen. Dafür ist in Zukunft auch eine bessere Mobilisierung durch die Bundespartei unbedingt notwendig. Der Anfang ist jedenfalls gemacht. **Stephan Jegielka**

Berliner Landpartie: Höfe, Herden und hechelnde Dackel

Ob Berlin wirklich ein großes Dorf ist, wie gelegentlich zu hören, darüber lässt sich trefflich streiten. Unstrittig ist allerdings,

dass es in der Stadt viele Viertel mit ländlich-dörflichem Charakter gibt. **Alt-Marzahn** zum Beispiel ist der historisch erhaltene Anger eines bereits im Mittelalter entstandenen Dorfes. Im Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf, untergebracht im Gebäude der



ehemaligen Dorfschule auf dem Anger, ist eine Zeitreise zu erleben, beginnend mit der Besiedlung der Region vor etwa 11.000 Jahren bis zum Entstehen der Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf, über die Umwälzungen nach 1989/90 bis in die Gegenwart. Mehr darüber, aber auch über das Marzahn-Museumsgut, das Schloss Biesdorf oder das Gründerzeitmuseum im Gutshaus Mahlsdorf erfahren Sie unter: www.kultur-marzahn-hellersdorf.de. Sehenswert auch die Bockwindmühle und der Tierhof Marzahn, wo Schafe, Ziegen und Hühner, aber auch Pferde, Esel und Alpakas zu Hause sind.

Lichtenrade bietet eine Idylle mit Dorfaue, Dorfanger, Dorfkirche, dem größten in Berlin erhaltenen Dorfteich „Giebelpfuhl“ und Bauernhäusern aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Markante Gebäude sind u.a. die Alte Feuerwache oder die Alte Mälzerei. Tradition haben in Lichten-

rade die Dackelrennen. Am 28. und 29. Juni werden hier die 1. Deutschen Meisterschaften in dieser Disziplin ausgetragen!

Der kleine Ortsteil **Gatow** im Bezirk Spandau wurde um 1258 angelegt. Im Süden grenzt er an Kladow, im Norden an die Wilhelmstadt, im Osten verläuft die Havel und im Westen die Stadtgrenze von Berlin, die Gatow von den angrenzenden Ortschaften Potsdam und Dallgow trennt. Spazierwege führen entlang der Havel, durch das Naturschutzgebiet Windmühlenberg oder durch ehemalige Rieselfelder. Zur Erholung laden ein Barfußweg und drei Havel-Badewiesen ein.

Lübars, ein Ortsteil des Bezirks Reinickendorf, ist das älteste Dorf Berlins, in dem heute noch Landwirtschaft betrieben wird. In ihm findet man neben viel Natur eine noch erhaltene Dorfstruktur mit einer barocken Kirche vom Ende des 18. Jahrhunderts. Der Ort ist von ausgedehnten Feldern und Wiesen umgeben, mit vielen Reit-, Wander- und Radwegen. Unübersehbar sind zahlreiche Pferdekoppeln. Im Strandbad Lübars lässt sich gut entspannen und im klaren Wasser schwimmen und plantschen.

Bitte gehen Sie selbst weiter auf die Suche in Berlins 96 Ortsteilen und über 400 Kiezen!

Georg Fehst



„80 Jahre Befreiung vom Faschismus – Thank you. Merci. Spasibo.“

Schon immer mussten Antifaschist*innen das Gedenken gegen nationalistische Umdeutungen verteidigen. Vielleicht war das aber noch nie so herausfordernd und wichtig wie heute, 80 Jahre nach der Zerschlagung des NS-Faschismus.



Die AfD schwadroniert von Schuld- und Kultur. 90% ihrer Anhänger fordern einen Schlusstrich und die Vorsitzende versteigt sich zur abstrusen Aussage, Hitler sei Kommunist gewesen, obwohl die Kommunisten seine ersten Opfer waren.

In der letzten Plenarsitzung des Berliner Abgeordnetenhauses hat die AfD

erneut ihre geschichtsrevisionistische Agenda offengelegt.

In einem Antrag spricht sie von einer „halben Befreiung“ Deutschlands und Europas und will den Fokus verstärkt auf „Opfer des Kommunismus“ legen. Damit setzt sie gezielt NS-Verbrechen mit jenen der Sowjetunion gleich. Das ist nicht nur historisch falsch, sondern ein Angriff auf unsere Erinnerungskultur.

Der 8. Mai ist ein Tag der Mahnung – und ein Auftrag für die Zukunft.

Wer versucht, das Leid nach 1945 von der Ursache, dem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg, zu trennen, betreibt bewusste Geschichtsklitterung.

Gerade deshalb ist eine starke Erinnerungskultur notwendig. Sie wurden von den Opfern der NS-Verbrechen und ihren Hinterbliebenen gegen erbitterte Widerstände erkämpft. Sie ist kein sentimentaler Akt, sondern Widerstand – gegen das Wiedererstarken faschistischer Ideologien. Sie steht für das „Nie wieder“. Dass die AfD bundesweit versucht, Mittel für Gedenkstätten zu streichen, zeigt, worum es ihr wirklich geht.

Meine Großmutter wurde als Kind aus Breslau vertrieben. Ihre Lehre daraus? Menschlichkeit gegenüber Geflüchteten – und Engagement gegen Rechts. Heute steht sie mit 85 Jahren

bei den Omas gegen Rechts in Thüringen gegen Höcke und Co.

Es wird Zeit, dass der 8. Mai endlich ein bundesweiter Feiertag wird.

Die Geschichte lehrt uns: Nie wieder Faschismus!

Anne Helm,

Vorsitzende der Linksfraction im Berliner Abgeordnetenhaus



Rechts- und Sozial-beratung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin, Tel.: 030 28705751

Die Sozialberatung findet jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr statt.



Großer Andrang bei der Mitgliederversammlung im Poststadion

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraction in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei

Die Linke – mit **Rechtsanwalt**

André Roesener

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

DAS IST DAS LETZTE

Investigativ-Journalisten der „mitten-drin“ ist es gelungen, Friedrich Merz' handschriftlichen Entwurf seiner ersten Rede als neuer Bundeskanzler zu ergattern. Seine Berater rieten von diesem Text ab, wir veröffentlichen ihn exklusiv:

Liebe deutsche Stammbevölkerung! Liebe ausländische Fachkräfte! Verehrte Abgeordnete, die Sie mich gewählt haben!

Ich bedanke mich für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Ich werde Sie nicht enttäuschen, solange alles mit meinen Interessen übereinstimmt. Ich stehe fest in den Traditionen unseres Volkes. Schon Otto von Bismarck, der Eiserne Kanzler, erkannte: „Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.“ Sie sehen, wir bleiben der deutschen Geschichte treu. Lieber Markus Söder: Ich danke dir für deine selbstlose Unterstützung! Ich wünsche dir viel Erfolg für deine verantwortungsvolle Arbeit in der Provinz Bayern.

Vor uns stehen große Aufgaben. Wir wollen die Galapagosinseln in der Digitalisierung überholen, beim Eurovision Song Contest unter die ersten 20 kommen und die Vorrunde der Fußball-Weltmeisterschaft überstehen. Dafür brauchen wir jede und jeden, ausgenommen die grünen und linken Spinner, die Antifas, die Kiffer, die komischen Omas gegen Rechts, die kleinen Paschas, die Sozialtouristen und all jene, die nicht alle Tassen im Schrank haben. Ich verspreche Ihnen eine welt-offene Politik bei geschlossenen Grenzen. Mein amerikanischer Freund Donald Trump wird mich stets an seiner Seite haben – riesengroßes Ehrenwort! Bei dir, liebe Angela Merkel, möchte ich ohne Weiteres mal in der Uckermark auf eine Kartoffelsuppe vorbeikommen. Ich fahre gerne durch den wilden Osten, rede dort mit den Eingeborenen und erkläre ihnen die Welt. Gott wird mir immer zur Seite stehen. Sein Stellvertreter hat mir nämlich versichert, wenn man nur oft genug von Reformen redet, bleibt alles beim Alten.

Aufgefunden von Schorsch

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204

E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus) besteht nicht.

Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 28.04.2025

Ausgabetag für Nr. 06/2025 – 05.06.2025



Gedanken zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Am 9. Mai 1945 kapitulierte das faschistische Deutschland bedingungslos. Die einst so kriegstüchtige Wehrmacht, die fast ganz Europa unter ihren blutigen Stiefeln gehabt hatte, war besiegt - durch die alliierten Streitkräfte und durch die Widerstandsbewegungen in den okkupierten Staaten. Befreit waren die Konzentrations- und Vernichtungslager. Sechs Millionen ermordete Jüdinnen und Juden, drei Millionen ermordete sowjetische Kriegsgefangene und eine halbe Million ermordete Sinti und Roma seien stellvertretend für die 11 Millionen in den Lagern Inhaftierten genannt, die die Freiheit nicht erlebten.

Die Hauptlast im Kampf um die Befreiung Europas trug die Sowjetunion. Mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf das Land am 22. Juni 1941 begann der ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte bis dahin kannte. 27 Millionen sowjetische Kriegstote waren zu beklagen. Allein im Ergebnis der Leningrader Blockade verhungerten 1,1 Millionen Zivilisten. Beim Rückzug der deutsch-faschistischen Truppen nach 1943 wurde die „Taktik der verbrannten Erde“ angewandt. Allein in Belarus wurden 209 Städte und 9.200 Dörfer zerstört. In 628 der zerstörten Dörfer wurden alle Einwohner massakriert.

In Anbetracht all dessen wäre hierzulande Demut angebracht. Stattdessen: Bössartige Russophobie. Begründet wird diese Hetze mit dem völkerrechtswidrigen Krieg Russlands in der Ukraine, als sei dies der erste Bruch des Völkerrechts nach 1945. Und wer die Vorgeschichte des Krieges hinterfragt und über legitime Sicherheitsinteressen Russlands nachdenkt, der ist ein „Putin-Versteher“. Auf der Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 18. März 2025, auf der der Weg für irrsinnige Rüstungsausgaben freigemacht wurde, besaß der CDU-Abgeordnete Josef Rief die Dreistigkeit zu sagen, Konrad Adenauer habe schon 1956 davor gewarnt, was es bedeutete, wenn - er zitierte: „eines Tages Amerika seine Truppen aus Europa zurückzieht, sodass dann die europäischen Länder, insbesondere aber Deutschland, neben diesem russischen Koloss mit seinen ganzen expansiven Kräften liegen“. 11 Jahre nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, Adenauer züchtete während der Nazizeit Rosen, wagte der sich, von expansiven Kräften des russischen Koloss zu reden, und der CDU-Abgeordnete Rief wiederholte knapp 70 Jahre danach diese hasserfüllten Äußerungen Adenauers als „Argument“, warum heute diese Hochrüstung erforderlich sei. Er wie viele weitere deutsche Politiker brauchen die Lüge vom russischen expansiven Koloss als Begründung für ihre Kriegsvorbereitungen. In den Rüstungskonzernen knallen derweil die Sektorkorken. Rheinmetall verdiente an zwei Weltkriegen und profitiert derzeit von der Kriegsertüchtigung. Das ganze Land soll kriegstüchtig werden. Aus Friedensliebe, wird uns gesagt. Der deutsche Militarismus hat immer nur den Krieg geliebt. Wehren wir uns endlich gegen die Kriegsvorbereitung und die sie begründenden Lügen.

Ellen Brombacher



Wie in jedem Jahr legen Mitglieder der Linken Berlin-Mitte am 8. Mai Blumen zum Jahrestag der Befreiung nieder – auf dem Urnenfriedhof in der Seestraße, um den 295 Menschen zu gedenken, die in Plötzensee ihr Leben verloren haben und vor dem Mahnmal auf der Straße des 17. Juni, um den gefallenen Soldaten der Roten Armee zu danken, die bei der Befreiung Berlins gefallen sind.

Wir gratulieren nachträglich im Mai zum Geburtstag!

- zum 97. Irmgard Tinz, Gerhard Hanusch
- zum 95. Ruth Claus, Ursula Witt, Walter Schmidt
- zum 94. Ingomar Klein, Peter Urchs
- zum 91. Herbert Schulze
- zum 89. Gisela Rademacher
- zum 88. Gert Schulze
- zum 86. Johann Gross
- zum 85. Wilfried Munser
- zum 82. Rainer Scholz, Ursula Teltow, Holger Petersen
- zum 70. Mario Keßler